



Fraktion Emden
Hillgriet Eilers
Pottgießerstr. 3
26721 Emden
Tel.: 04921 5509505
Fax: 04921 5509504
eilers@fdp-emen.de
16. Oktober 2015

Pressemitteilung

Hillgriet Eilers: Landesregierung streicht den Schulen 6 Millionen aus ihrem Budget – Ministerin Heiligenstadt bestraft Sparsamkeit und beschneidet Gestaltungsspielräume

Emden. Die FDP-Ratsfraktion der Seehafenstadt verurteilt die Pläne des Niedersächsischen Kultusministeriums, Schulen künftig nur noch 70 Prozent statt wie bisher 90 Prozent der am Jahresende noch vorhandenen Restmittel ins Folgejahr übertragen zu lassen. "Die Schulen werden jetzt dafür bestraft, dass sie Geld nicht auf den letzten Drücker ausgeben, sondern zurückgelegt haben. Doch nicht nur das: Hier geht es um Kürzungen von Mitteln, die die Schulen frei verwenden dürfen. Sie werden dadurch in ihrer Eigenverantwortung und in ihren individuellen Gestaltungsmöglichkeiten erheblich beschnitten", sagte die FDP-Landtagsabgeordnete und Emdener Ratsfrau Hillgriet Eilers.

Der Haushaltsentwurf sehe vor, dass sechs Millionen Euro von den Schulen nicht ins nächste Haushaltsjahr übertragen werden dürfen, sondern in den allgemeinen Haushalt fließen. Nachdem bereits in diesem Haushaltsjahr mit dem 1. Nachtragshaushalt die Berufsbildenden Schulen auf große Teile ihrer eingenommenen Drittmittel haben verzichten müssen, um für die Planungsfehler von Ministerin Heiligenstadt bei der Krippenfinanzierung auszukommen, greift sie jetzt in die Kassen der Allgemeinbildenden Schulen. "Die Kultusministerin bestraft jetzt all diejenigen, die vernünftig wirtschaften. Damit beweist sie wieder einmal, dass die Schulen ihrer Ministerin nicht mehr vertrauen können", so Eilers.

Auf der einen Seite würden die Schulen mehr aus ihren Budgets bezahlen sollen, wie beispielsweise höhere Erstattungen für Klassenfahrten, zum anderen werde ihnen dafür aber jetzt das Geld genommen. Eilers: "Eigentlich kann man den Schulen nur raten, noch schnell Geld aus dem Schulbudget auszugeben und es für sinnvolle Projekte und Maßnahmen einzusetzen, bevor die Ministerin es sich greift."